

Kürzungspläne lösen Streit aus

Bundesregierung und Bauern machen gegen EU-Kommission mobil

Straßburg/Vechta (dpa/gio) – Bundesregierung und Bauernverband machen im Streit um millionenschwere Beihilfe-Kürzungen für ostdeutsche Höfe gegen die EU-Kommission mobil. Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) sagte gestern in Berlin, Belastungen von mehr als 400 Millionen Euro für deutsche Bauern seien nicht hinnehmbar. Die Kürzungen fielen zwar um 200 Millionen Euro geringer aus als zunächst befürchtet. „Trotzdem ist es längst noch nicht das Gelbe vom Ei.“ Der Deutsche Bauernverband bekräftigte seine Ablehnung. Dagegen begrüßte Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) zusätzliche Auflagen für den Umweltschutz und forderte die schnelle Umsetzung der Vorschläge.

EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel verteidigte in Straßburg die Pläne, die möglichst bis Ende des Jahres von den 27 Mitgliedstaaten beraten und verabschiedet werden sollen. „Uns geht es vor allem darum, den Landwirten die Möglichkeit zu geben, die wachsende Nachfrage nach Agrarerzeugnissen zu befriedigen und rasch auf Marktsignale zu reagieren“.

● Die Kommission will die direkten Beihilfen vor allem für große Betriebe wie in Ostdeutschland stufenweise um bis zu 22 Prozent kürzen.

● Das Geld soll in Programme zur ländlichen Entwicklung etwa für Klimaschutz oder erneuerbare Energien fließen.

● Bis 2012 sollen nicht nur alle Prämien über 5001 Euro, die ein Betrieb pro Jahr bekommt, um 5 Prozent gekürzt werden. Darüber hinaus will die Kommission

die Beihilfen bis 100 000 Euro um 8 Prozent, bis 200 000 Euro zusätzlich um 11 Prozent, bis 300 000 Euro zusätzlich um 14 Prozent und bei noch höheren Prämien zusätzlich um 17 Prozent verringern.

● Die Milchquote soll 2015 wegfallen, die Mengen von 2009 bis 2013 um je ein Prozent steigen, damit die Preise beim Wegfall der Quote nicht zu drastisch sinken. Außerdem soll die Stilllegung von Ackerflächen abgeschafft werden und die Prämie für Energiepflanzen wegfallen.

Nach dem Willen von Fischer Boel sollen sich die Landwirte neuen Herausforderungen wie dem Klimawandel stellen. Außerdem will sie weniger Bürokratie und Eingriffe in den Markt. Der Vechtaer Europa-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU/EVP) erklärte auf Anfrage hingegen, aus Sicht des Parlaments bestehe mehrheitlich die Befürchtung, „dass die Kommission eine ländliche Politik betreiben wolle, die für die Bauern einen noch höheren bürokrati-

schen Aufwand mit sich bringe“. Mayer, stellvertretendes Mitglied im Agrarausschuss des EU-Parlaments, gab darüber hinaus zu bedenken: „Mit Blick auf den Wettbewerb ist die Landwirtschaft ein Sondergebiet, weil Bauern nicht das selbe Maß an Flexibilität in der Umstellung haben können“ wie etwa Unternehmen in der industriellen Fertigung.

Die Kommission räumte ein, dass Deutschland mehr als andere Mitgliedstaaten betroffen sei. Die Brüsseler Behörde hatte die vorgesehenen Einbußen von bis zu 45 Prozent nach scharfer Kritik besonders aus Deutschland nach unten korrigiert. Mayer sieht in dieser Entschärfung auch einen besonderen Erfolg des EU-Parlaments. Dieses habe am 12. März trotz fehlender Mitbestimmungsrechte in der Agrarpolitik, aufgrund der Vorschläge von Lutz Goeppel (CDU/EVP), Berichterstatter zur Halbzeitbewertung der Agrarreform, Fischer Boel von einer Korrektur überzeugen können.



Hans-Peter Mayer



Belastungen von mehr als 400 Millionen Euro für deutsche Bauern steht der Plan von EU-Kommissarin Fischer Boel vor.